

Die Rezeption der Irischen Frage in der Zentrumspartei und der Germania, 1912–1922

Christopher Sterzenbach

Im Mai 1916 erschien in der Germania, einer einflussreichen katholischen Tageszeitung und zugleich Sprachrohr der Deutschen Zentrumspartei, ein Artikel mit der Überschrift „Sinn Fein und Roger Casement“. Verwunderung dürfte die Veröffentlichung zum damaligen Zeitpunkt, zumal knapp eine Woche nach der brutalen Niederschlagung des irischen Osteraufstandes durch die britische Armee, bei den wenigsten Lesern hervorgerufen haben. Schließlich war Irland seit Beginn des Ersten Weltkrieges fester Bestandteil der anti-englischen Propaganda im Kaiserreich.¹ Die Hauptfigur in der und für die Irlandpropaganda war Sir Roger Casement², der von November 1914 bis Anfang April 1916 in Berlin um deutsche Unterstützung für den irischen Freiheitskampf warb. Immerhin konnte er beim deutschen Generalstab erreichen, dass Irland in die gegen das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Irland gerichteten Aufwiegelungsunternehmen einbezogen wurde.³ Von Interesse ist dagegen folgende, eher am Rande gemachte Aussage in dem Artikel: „Schon seit einer Reihe von Jahren hat Sinn Fein vor Ausbruch des Krieges mit der Germania in Verbindung gestanden; ein Sinn Feiner hat in den Spalten unseres Blattes einmal zu der Bewegung das Wort ergriffen, und das gleichnamige Organ der Vereinigung [...] wurde uns längere Zeit regelmäßig zugesandt.“⁴ In der Tat berichtete die Germania regelmäßig und teilweise ausführlich über die Irische Frage⁵ und den Verlauf der Home Rule-Debatte, d. h. der Forderung irischer Nationalisten nach einem eigenen Parlament in Dublin und regionaler Autonomie innerhalb Großbritanniens.

-
- 1 Hans-Dieter Kluge: Irland in der deutschen Geschichtswissenschaft, Politik und Propaganda vor 1914 und im Ersten Weltkrieg. Frankfurt/Main u. a. 1985; Gerhard Loh: Irland in der Berichterstattung deutscher Tageszeitungen (1914–1918). Frankfurt/Main u. a. 1985.
 - 2 Sir Roger Casement (1864–1916), britischer Diplomat, schloss sich Irischer Untergrundbewegung an, für die er sich 1914–1916 in Deutschland aufhielt, nach seiner Rückkehr nach Irland wurde er verhaftet und schließlich als Hochverräter in London hingerichtet.
 - 3 Reinhard R. Doerries: Die Mission Sir Roger Casements im Deutschen Reich, in: Historische Zeitschrift 222 (1976), S. 589–625; Jürgen Elvert: Sir Roger Casement and Germany, in: Joachim Fischer/Gisela Holfter/Eoin Bourke (Hg.): Deutsch-irische Verbindungen. Geschichte–Literatur–Übersetzung. Akten der 1. Limericker Konferenz für Deutsch-Irische Studien, 2.–4. September 1997. Trier 1998, S. 77–86; Karin Wolf: Sir Roger Casement und die deutsch-irischen Beziehungen. Berlin 1972.
 - 4 „Sinn Fein und Sir Roger Casement“, in: Germania, Beilage zu Nr. 206, 4. Mai 1916.
 - 5 Unter dem Begriff Irische Frage sind alle politischen, ökonomischen, sozialen und militärischen Probleme summiert, die sich aus den von irischen Nationalisten betriebenen Loslösungsstreben von Großbritannien ergaben.

Doch die Verbindung zu Sinn Féin war nicht der einzige Grund für die Berichterstattung. Schon alleine wegen der Heftigkeit und der Dauer des Konflikts bildete das „Problem Irland“ für Westminster einen latenten Krisenherd und wurde Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts auch in der europäischen Politik präsent. Als Motivation für die Artikel in der katholischen Tageszeitung ist ebenso eine religiöse Komponente denkbar, obwohl der Auslöser für die anglo-irische Krise nicht in der Religionsfrage lag. Da sich gewisse Gemeinsamkeiten zwischen den englischen Unterdrückungsmaßnahmen gegen Katholiken vor allem in Ulster, der nordöstlichen Provinz Irlands, und den Erfahrungen deutscher Katholiken im Kulturkampf feststellen lassen, könnte durchaus Sympathie oder mitfühlende Empathie ausschlaggebend für die Berichte über Irland gewesen sein.

Im Folgenden sollen deshalb die Hintergründe und der Inhalt der Irland-Berichterstattung in der *Germania* näher untersucht werden. Dabei liegt der Schwerpunkt nicht auf einer quantitativen Auswertung, vielmehr stehen repräsentative kommentierende Berichte im Vordergrund, die nicht nur Pressemeldungen britischer Zeitungen oder den Verlauf der Unterhausdebatten in Westminster zusammenfassen. Die *Germania* war mit einer Auflage von 10.000 Exemplaren nicht die größte katholische Tageszeitung, durch die enge Verbindung zu Zentrumspolitikern, deren politische Standpunkte sie meist wiedergab,⁶ ist sie dennoch der politischen Tendenzpublizistik zuzurechnen.⁷

Aus den Kontakten der Zeitung zu führenden Zentrumspolitikern ergibt sich eine zweite Fragestellung, nämlich zur Haltung der Zentrumsparlei bzw. -politiker zum „irischen Problem“. Einige Abgeordnete der Partei waren bei der durch Matthias Erzberger initiierten Gründung der Deutsch-Irischen Gesellschaft (DIG) 1917 an prominenter Stelle beteiligt. Es soll hinterfragt werden, ob diese Gesellschaft lediglich als willkommenes Mittel für Erzbergers anti-englisches Portfolio instrumentalisiert wurde oder ob andere Gründe für den Beitritt ausschlaggebend waren.

Seinem Selbstverständnis nach war das Zentrum eine politische Partei, eine christliche Interessenspartei mit religiöser Fundierung.⁸ Allerdings war sie ent-

6 Zur Auflagenhöhe und zur politischen Ausrichtung der *Germania* während des Ersten Weltkrieges siehe Ernst Heinen: *Zentrumspresse und Kriegszieldiskussion unter besonderer Berücksichtigung der „Kölnischen Volkszeitung“ und der „Germania“*, Diss. Köln 1962.

7 Rudolf Morsey: *Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923*. Düsseldorf 1966, S. 603 kommt zu folgendem Urteil: „Im Unterschied zu anderen Parteien kannte das Zentrum keine unmittelbar von der Partei wirtschaftlich abhängige Presse. Die der Partei nahestehenden Zeitungen gehörten größtenteils zur ‚Kleinpresse‘ und befanden sich fast ausnahmslos in Privatbesitz, wurden jedoch durch mehr oder weniger enge Fühlung mit lokalen oder zentralen Parteinstanzen von der Partei gefördert und unterstützt.“

8 Karsten Ruppert: *Die weltanschaulich bedingte Politik der Deutschen Zentrumspartei in ihrer Weimarer Epoche*, in: *Historische Zeitschrift* 285 (2007), S. 49–97, hier S. 52f.

gegen der Anschuldigungen ihrer Gegner keine ultramontane Partei, also keine klerikale Partei oder gar der verlängerte Arm des Vatikans. Unbestritten hingegen war sie die politische Vereinigung deutscher Katholiken und das katholische Element bestimmte ihre Politik.⁹ Es ist also naheliegend, dass sich Zentrumspolitiker, ähnlich der Germania, zur Frage der irischen Selbstverwaltung geäußert haben. Im Mittelpunkt steht also die Rezeption der Irischen Frage in einem ausgewählten Bereich des „politischen Katholizismus“ und die Frage nach den Gründen für eine eingehendere oder oberflächliche Auseinandersetzung. Nachgezeichnet werden soll nicht der Irland-Diskurs oder gar das Irlandbild innerhalb der verschiedenen katholischen Organisationen, dem Episkopat, dem Klerus oder den katholischen Vereinen. Untersucht wird lediglich ein Teilbereich, nämlich die Reichstagsabgeordneten und das katholische Presseorgan Germania.

Der Untersuchungszeitraum ergibt sich aus der irischen Geschichte. Er setzt mit der dritten Vorlage der Home Rule Bill 1912 ein und endet mit Beginn des irischen Bürgerkrieges 1922. Zu diesem Zeitpunkt hatte die irische (Untergrund-) Regierung bereits einen natürlich nicht akkreditierten Gesandten in Berlin.

I. Die Zeit O'Connells bis zur zweiten Home Rule Vorlage 1893

Für viele Deutsche war Irland 1912 keineswegs mehr terra incognita, obwohl die Hintergründe des irischen Unabhängigkeitsstrebens sicherlich nicht Allgemeinut waren. Bereits in den 1820er Jahren hatte Daniel O'Connells Kampf um die Beseitigung der politischen Sonderstellung der Katholiken große Aufmerksamkeit erregt. Umso mehr als er mit Hilfe seines gewaltlosen Emancipation movement u. a. 1829 die Verabschiedung eines Gesetzes erreichen konnte, das Katholiken den Zugang zum englischen Parlament in Westminster und zu fast allen staatlichen Ämtern öffnete. Ebenso ausführlich wurde in der Tagespresse über das von O'Connell in den 1840er Jahren verfolgte Ziel der Aufhebung des Act of Union von 1800, also der Vereinigung Irlands mit dem Vereinigten Königreich England, berichtet. Insbesondere im Rheinland wurde der „Befreier“ O'Connell als Vorkämpfer gegen die Unterdrückung der Katholiken gefeiert und in vielen Wohnzimmern hingen Bilder von ihm, „als ob es sich um

kommt zu dem Fazit: „Die Zentrumspartei war also von Anfang an in ihrem Kern politisch und ist dies auch immer geblieben. Das kirchenpolitische Erbe wurde weiter gepflegt; daneben war gleichwertig die Aufgabe getreten, Normen und Werte der Konfession mit Hilfe der Politik zu verwirklichen.“

9 Vgl. David Blackburn: *Class, Religion and Local Politics in Wilhelmine Germany. The Centre Party in Württemberg before 1914*. Wiesbaden 1980, S. 20f.; Thomas Nipperdey: *Deutsche Geschichte. Bd. 2: Machtstaat von der Demokratie*. München 1992, S. 345f.; Winfried Becker: *Zentrumspartei im Bismarckreich*, in: Ders. (Hg.): *Die Minderheit als Mitte. Die Deutsche Zentrumspartei in der Innenpolitik des Reichs 1871–1933*. Paderborn u. a. 1986, S. 9–45, hier S. 26–35.

einen deutschen Nationalhelden handelte.“¹⁰ Während des deutschen Vormärz bildete die Berichterstattung zu den Vorgängen in Irland einen festen Posten in der deutschen katholischen Tagespublizistik. Grund hierfür war neben dem Vorbildcharakter, dass sich „im Fall Irlands die ideale Chance zu bieten schien, mit Berichten aus und über dieses Land dem eigenen kirchenpolitischen Kampf in Deutschland Auftrieb zu verleihen, ohne sofort in Konflikte mit der harten Zensur zu geraten.“¹¹ O’Connells starker Einfluss auf die deutsche katholische Bewegung lässt sich daran erkennen, dass überall in Deutschland katholische Vereine gegründet wurden, die dem Beispiel der Catholic Association nachempfunden waren.¹² Auch nach seinem Tod im Jahr 1847 und besonders während des Kulturkampfes blieb der *Liberator* präsent, indem seine politische Agitation immer wieder in Reden als nachahmenswert empfohlen und Irland generell als Vergleichspunkt zur Lage der deutschen Katholiken herangezogen wurde.

Mit der beginnenden Debatte um eine Selbstverwaltung Irlands 1886 setzte ein erneuter Aufschwung in der Berichterstattung zur „grünen Insel“ ein. Hintergrund zur Vorlage der ersten Home Rule Bill in Westminster war der Versuch des liberalen Premierministers William Gladstone, die Unterstützung der Irish Parliamentary Party (IPP) für seine Regierung zu sichern. Allerdings scheiterte die Gesetzesvorlage nach zweimonatiger Beratung bereits im Unterhaus.¹³ Die *Germania* berichtete zwar über den Verlauf der Parlamentsdebatten und den Inhalt der Gesetzesvorlage. Jedoch wurden nur englische Zeitungsberichte wiedergegeben, ohne eine Wertung abzugeben.¹⁴ Ebenso spärlich war die Kommentierung über die Vorlage des zweiten Selbstverwaltungsgesetzes 1893. Immerhin erfuhr der Leser, dass Gladstone Irland erstmals ein eigenes Parlament, zuständig für alle innenpolitischen Angelegenheiten, und Abstimmungsrecht für irische Abgeordnete in Westminster bei Irland betreffenden

-
- 10 Karl Buchheim: *Ultramontanismus und Demokratie. Der Weg der deutschen Katholiken im 19. Jahrhundert*. München 1963, S. 50.
- 11 Bernhard Schneider: *Insel der Märtyrer oder ein Volk von Rebellen? Deutschlands Katholiken und die irische Nationalbewegung in der Ära Daniel O’Connells (ca. 1820–1847)*, in: *Historisches Jahrbuch* 128 (2008), S. 225–275, hier S. 230f.
- 12 Zum Einfluss O’Connells auf den deutschen politischen Katholizismus und seine Rezeption siehe Peter Alter: *O’Connell and German Politics*, in: Richard Maurice (Hg.): *Daniel O’Connell: Political Pioneer*. Dublin 1991, S. 110–118 und vor allem Geraldine F. Grogan: *O’Connell’s Impact on the Organisation and Development of German Political Catholicism*, ebd., S. 119–128; Dies.: *The Noblest Agitator. Daniel O’Connell and the German Catholic movement 1830–50*. Dublin 1991; Karl Holl: *Die irische Frage in der Ära O’Connell und ihre Beurteilung in der politischen Publizistik des deutschen Vormärz*. Mainz 1958.
- 13 Ausführlicher F. S. L. Lyons: *Ireland Since the Famine*. 2. Aufl. London 1972, S. 185–187.
- 14 „England“, in: *Germania*, Nr. 97, 30. April, S. 3; Nr. 131, 11. Juni, S. 3; Nr. 155, 13. Juli 1886, S. 1.

Fragen in Aussicht stellte. Nach knapper Annahme im Unterhaus folgte im Oberhaus die Ablehnung mit klarer Mehrheit.¹⁵ In einem der wenigen Kommentare zur Gesetzesvorlage rühmte die *Germania* die umsichtige Politik Gladstones. Ihrer Ansicht nach erfüllte die Vorlage alle irischen Forderungen und konnte zweifellos die endgültige Lösung der Irischen Frage herbeiführen.¹⁶ Umfangreichere Hintergrundinformation erhielt der Leser nicht, abgesehen von der Wiedergabe britischer Zeitungsmeldungen. An diesem Beispiel wird die ambivalente Haltung der Tageszeitung zu England gut ersichtlich. Sobald die englische Kolonial- oder Handelspolitik – in beiden Bereichen konkurrierte das Deutsche Reich mit Großbritannien – thematisiert wurde, stellte man England als „völkermordend“ und „imperialistisch“ dar. So etwa 1882 während der englischen Besetzung Ägyptens, als mit dem expliziten Verweis auf Irland die englische Unterdrückungspolitik gegeißelt wurde.¹⁷ Ausgenommen von dieser Kritik waren hingegen die englischen Liberalen und im besonderen Gladstone. Ganz im Gegenteil genossen sie hohes Ansehen, denn – hieran sieht man die Bedeutung der religiösen Komponente für die Haltung der *Germania* – im Gegensatz zur liberalen Partei im Kaiserreich, die maßgeblich an den anti-katholischen Gesetzen im Kulturkampf mitgewirkt hatte, fehle der Politik der englischen Liberalen die anti-religiöse Stoßrichtung: „Zum Glück unterscheiden sich die englischen Liberalen wesentlich von den ‚Liberalen‘ des Continents, die ihre wichtigste Aufgabe in der Bekämpfung des Christenthums und speciell der katholischen Kirche erblicken. Die Katholiken Englands und Irlands verdanken ihre theilweise Emancipation von den drakonischen Gesetzen aus der Zeit der englischen ‚Reformation‘ den Liberalen, und erst, nachdem diese wieder ans Ruder gelangt sind, ist einem eifrigen Katholiken der ebenso einflussreiche als verantwortungsvolle Posten eines Vicekönigs von Indien anvertraut worden.“¹⁸

Es muss noch kurz ein Blick auf die möglichen Gründe für die meist rein zusammenfassenden Irlandartikel geworfen werden. Wie bereits erwähnt, wurde Gladstone von jeder Kritik ausgenommen, somit konnte man nicht negativ über die Gesetzesvorlagen berichten. Eng damit hing zusammen, dass der Frage nach irischer Selbstverwaltung noch nicht die Sprengkraft für die britische Innenpolitik innewohnte, die sie unmittelbar vor Beginn des Ersten Weltkrieges entfalten sollte. Zudem scheint den deutschen Katholiken das Verständnis für den irischen Nationalismus gefehlt zu haben. Überhaupt stand die katholische Staatslehre dem Nationalitätenprinzip eher ablehnend gegenüber, was wieder-

15 Lyons: *Ireland Since the Famine*, S. 294.

16 „Die irische Home-Rule-Vorlage“, in: *Germania*, Nr. 37, 15. Februar 1893, S. 1.

17 „Handelsegoismus als Triebfeder der englischen Politik“, ebd., Nr. 329, 23. Juli 1882, S. 1.

18 „Das Cabinet Gladstone“, ebd., Nr. 97, 30. April 1880, S. 1.

rum das Recht auf staatliche Selbstbestimmung eines Volkes hinterstellte.¹⁹ Des Weiteren verfügten die Zeitungen zum damaligen Zeitpunkt noch nicht über Auslandskorrespondenten, die Hintergrundinformationen für die Berichte liefern konnten. Allgemein hielten sich deutsche Zeitungen deshalb mit der Kommentierung innenpolitischer Angelegenheiten anderer Länder zurück.

Im Reichstag hingegen wurden die Vorgänge in Irland überhaupt nicht thematisiert. Im Zeitraum von 1871 bis 1914 wurde Irland lediglich in vier Redebeiträgen kurz erwähnt. Dies hatte seine Ursache u. a. im beschränkten Mitspracherecht des Parlaments in außenpolitischen Angelegenheiten. Außenpolitik fiel im Kaiserreich in die Prerogative der Exekutive und damit war der Reichstag weitgehend von einer aktiven Mitgestaltung auf diesem Gebiet ausgeschlossen. Mitbestimmungsrecht, wenn auch nur am Rande der auswärtigen Angelegenheiten, ergab sich für das Parlament lediglich durch die Budgetgewalt, die u. a. die Ausgaben für Militär bzw. Rüstung und Kolonialverwaltung umfassten. Der Zustimmung des Reichstags bedurften ebenso Abschlüsse auswärtiger Verträge, sofern sie Gegenstände der Reichsverfassung berührten. Handelsverträge fielen in diese Kategorie, nicht jedoch Bündnis- oder Geheimverträge.²⁰ Darüber hinaus kam es teilweise bei außergewöhnlichen Ereignissen, z. B. der „Daily-Telegraph-Affäre“, zu hitzigen parlamentarischen Debatten, die sich auf Außenpolitik bezogen.

Reichskanzler Otto von Bismarck hatte zudem die Direktive ausgegeben, sich in Friedenszeiten unter normalen Umständen nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen. Zumal eine positive Stellungnahme zum irischen Nationalismus seltsam angemutet hätte, während die Debatte um die Eingliederung Elsass-Lothringens ins Deutsche Reich anhielt und die nationalen Bestrebungen der Polen ebenfalls ein virulentes Problem darstellten, auf das Bismarck mit Unterdrückung reagierte. Vor diesem Hintergrund ist es nur zu verständlich, dass Bismarck die Irische Frage gänzlich als internes britisches Problem sah und es auch unter seinen Amtsnachfolgern bis zum Ausbruch des Weltkrieges zu keiner Stellungnahme diesbezüglich gekommen ist.²¹

Das Zentrum hielt sich bei den wenigen Gelegenheiten, die es dem Parlament erlaubten, Aspekte der auswärtigen Politik zu diskutieren, grundsätzlich

19 „Nation, Nationalitätsprinzip“, in: Julius Bachem: Staatslexikon. Bd. 3. Freiburg/Breisgau 1910, Sp. 1276–1292, hier Sp. 1289f.

20 Ernst Rudolf Huber: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Bd. 4: Struktur und Krisen des Kaiserreichs. Stuttgart u. a. revidierter Nachdruck der 2. verbesserten und ergänzten Auflage 1994, S. 157–159.

21 Kluge: Irland in der deutschen Geschichtswissenschaft, S. 87 und Felician Prill: Ireland, Britain and Germany 1871–1914. Problems of nationalism and religion in nineteenth-century Europe. Dublin 1975, S. 6.

zurück.²² Karl Bachem, langjähriger Reichstagsabgeordneter des Zentrums und Biograf der Partei, äußert sich dahingehend, dass eine „positive Linie für eine auswärtige Politik des Zentrums“ nicht gegeben war, eine „solche war eben überhaupt nicht möglich.“ An anderer Stelle wird er deutlicher: „Von einer selbstständigen Politik der Zentrumsfraktion oder -partei für das Gebiet der auswärtigen Politik kann demnach keine Rede sein. Aus gelegentlichen Äußerungen von Zentrumsrednern ein zusammenhängendes System zusammenbauen zu wollen, wäre aussichtslos.“²³ Generell verfügte das Zentrum im Kaiserreich nicht über in außenpolitischen Fragen erfahrenes Personal, was auch dessen Teilnahmslosigkeit an außenpolitischen Debatten erklärt. Dies trifft besonders auf den Zeitraum nach Beendigung des Kulturkampfes zu. Obwohl „Mehrheitsbeschaffer“ im Reichstag und somit in der Verantwortung für die nationale Politik, unterstütze es in der auswärtigen Politik grundsätzlich den Kurs der Regierung.²⁴ Stattdessen richtete das Zentrum sein Hauptaugenmerk auf innenpolitische Dinge. Priorität hatte bis 1887 die Rücknahme bzw. Überwindung der ab 1871 erlassenen Kulturkampfgesetze, also die Gleichstellung der Katholiken im Staat sowie damit in Zusammenhang stehende kirchen-, schul- und kulturpolitische Themen. Um dies zu erreichen, wurden auf anderen Gebieten bereitwillig Konzessionen gemacht.

II. Das wachsende deutsche Interesse während der Home Rule Krise 1912

Das Interesse deutscher Tageszeitungen an Irland ging nach dem Scheitern der zweiten Home Rule Bill 1893 merklich zurück, selbst in der britischen Innenpolitik spielte die Frage keine Rolle mehr. Erst mit dem Erstarken des irischen Separatismus um die Jahrhundertwende wurden deutsche Leser anhand zusammenfassender Berichte in unregelmäßigen Zeitabständen wieder über die Entwicklung in Irland informiert. Sicherlich stand dies in indirektem Zusammenhang mit dem veränderten politischen Klima des deutsch-britischen Antagonismus in der Handels- und Flottenpolitik. Forderungen radikaler irischer Separatisten nach einer Loslösung von Großbritannien waren ein willkommenere Anlass, die „Maßlosigkeit“ und „Unterdrückungsmethoden“ britischer Politik anzuprangern. Selbst als sich die Reichsleitung ab 1912 auf diplomatischem Wege um einen Ausgleich mit England bemühte, wurden in der Presse

22 Eine der wenigen Abhandlungen zur „Außenpolitik“ des Zentrums stammt von Heinz Gollwitzer: Der politische Katholizismus im Hohenzollernreich und die Außenpolitik, in: Werner Pöls (Hg.): Staat und Gesellschaft im politischen Wandel. Beiträge zur Geschichte der modernen Welt. Stuttgart 1979, S. 224–257.

23 Karl Bachem: Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumspartei. Bd. V. Köln 1929, S. 383f.

24 Morsey: Die Deutsche Zentrumspartei, S. 35.

weiterhin jegliche innerpolitischen Schwierigkeiten Londons mit Schadenfreude registriert.

Wichtiger für den Anstieg der Berichterstattung war jedoch die direkte Kontaktaufnahme von irischer Seite. In den USA hatte sich seit dem Burenkrieg 1899-1902 eine Aktionsgemeinschaft der größten deutschen und irischen Einwandererverbände gebildet. In einem Kooperationsvertrag wurde die lose Zusammenarbeit sogar noch bestärkt und als gemeinsames Ziel die Verhinderung eines anglo-amerikanischen Bündnisses benannt, das nicht zuletzt den irischen Interessen entgegenliefe.²⁵ Irische Nationalisten in den USA baten in der Folgezeit deutsche Diplomaten, Professoren und Politiker immer wieder um publizistische Unterstützung. Beispielsweise informierte George Freeman, Vertreter einer gewaltbereiten irischen Geheimgesellschaft, den deutschen Osteuropa-Historiker Theodor Schiemann regelmäßig in Briefen über die Lage in Irland. Diese Informationen verwendete Schiemann u. a. für seine politischen Wochenberichte in der Kreuzzeitung.²⁶

Nach den Unterhauswahlen 1910 hatte die Irish Parliamentary Party wieder einmal die Rolle der mehrheitsentscheidenden Partei inne. Als „Köder“ stellte Premierminister Herbert Henry Asquith ein neues Selbstverwaltungsgesetz in Aussicht. Im Gegenzug stimmte die IPP 1911 dem Parliament Act zu, der dem Oberhaus das unbeschränkte Vetorecht nahm. Damit konnte die Home Rule Bill nach erneuter Annahme im Unterhaus im April 1912 spätestens nach zwei Jahren in Kraft treten. Obwohl die Gesetzesvorlage im Vergleich zu den Vorgängern Irland etwas erweiterte Autonomie zugestand, war sie dennoch moderat. Trotzdem regte sich bei den Konservativen und den Ulster Unionisten schon im Vorfeld heftiger Widerstand. Im Falle einer Selbstverwaltung Irlands sahen die Unionisten ihre vorherrschende Stellung im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben gefährdet. Der immer wieder angeführte Slogan „Home Rule is Rome Rule“ verwies deutlich auf ihre Angst, der mehrheitlich protestantische Nordosten könnte in ein katholisch dominiertes Gesamtirland eingliedert und somit Opfer systematischer Unterdrückung werden.²⁷

Auch im Falle der Germania lässt sich ein Anstieg der Irlandberichterstattung erkennen, da die Selbstverwaltungsfrage einerseits eine nie gekannte Brisanz für die englische Innenpolitik erlangte und ihr andererseits durch die po-

25 Reinhard R. Doerries: *Iren und Deutsche in der neuen Welt. Akkulturationsprozesse in der amerikanischen Gesellschaft im späten neunzehnten Jahrhundert.* Stuttgart 1986, S. 187 und Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PAAA), R 17276: Konsulat Philadelphia an Bethmann Hollweg vom 30. Juni und 25. Oktober 1910.

26 Wolfgang Hünslers: *Das Deutsche Kaiserreich und die Irische Frage 1900–1914.* Frankfurt/Main u. a. 1978, S. 37–39.

27 Ausführlicher Nicholas Mansergh: *The Unresolved Question. The Anglo-Irish Settlement and Its Undoing 1912–1972.* New Haven u. a. 1991, S. 43–78 und Anthony T. Q. Stewart: *The Ulster Crisis.* London 1967.

litische Agitation der Ulster Unionisten eine stark religiös dominierte Komponente innewohnte. Wie die meisten konservativen und nationalliberalen Tageszeitungen hatte das katholische Presseorgan seit längerem eine deutlich sichtbare anti-englische Stoßrichtung. Besonders seit der Entente cordiale von 1904 wurden die deutsche Flottenrüstung und das Hegemonialstreben rückhaltlos unterstützt. Wiederholt wurde Großbritannien wegen seiner „Rücksichtslosigkeit“ in der Kolonialpolitik und seines „Handelsegoismus“ gebrandmarkt. Spürbarer Auslöser für das verstärkte Interesse der Germania war vielmehr die neu hinzugekommene religiöse Komponente innerhalb der Irischen Frage: „Standen im Zentrum der sozialdemokratischen Kommentierung der irischen Unabhängigkeitsbestrebungen sozial-ökonomische Gesichtspunkte vor nationalitären [sic!] Erwägungen, so befürwortete die Presse des politischen Katholizismus die Home Rule-Forderung der irischen Nationalbewegung primär aus konfessionspolitischen Überlegungen und nur vereinzelt vom nationalitätenpolitischen Standpunkt.“²⁸ Hier lässt sich also eine Parallele zur Ära O’Connells ziehen, wo Solidarität mit den unterdrückten irischen Katholiken die wachsende Sympathie für das Emanzipationsstreben auslöste.

Zu Beginn der Selbstverwaltungsdebatten wurden die Leser zunächst durch kleinere Meldungen, zusammengestellt aus englischen Zeitungsmeldungen, unter der Rubrik „England“ informiert. Nachdem mit dem Parliament Act das Vetorecht des Oberhauses gefallen war, ging man noch von einer schnellen, endgültigen und gerechten Lösung aus. Erst als der unnachgiebige Protest der Unionisten eine Annahme des Gesetzes gefährdete, wurden die Beiträge ausführlicher und der Ton gegenüber den protestantischen Unionisten schärfer. Die Germania machte in ihren Abrissen zur irischen Geschichte keinen Hehl daraus, auf welcher Seite sie stand. Deutlich erkennbar war ihre Sympathie für das „geknechtete“ und „misshandelte“ Volk der Iren: „Wie auch immer der Abschluß sich gestalten möge, dem tapferen Volk der Iren gebührt für die Beharrlichkeit, mit der es für seine Freiheit kämpft, die vollste Anerkennung.“²⁹ Auffällig bei der Lektüre ist, dass das Aufschieben des Autonomiegesetzes zunächst nicht der britischen Regierung bzw. Verwaltung in Dublin angelastet wurde – obwohl ihre „Verfehlungen“ und die anti-katholischen Maßnahmen seit Oliver Cromwell ausführlich kommentiert wurden –, sondern vielmehr dem intransigenten Verhalten der Konservativen und der „unionistischen Hetzer“. Als Schuldige für die noch immer offene Irische Frage wurden eindeutig die Unionisten ausgemacht: „Die protestantischen Ulsterleute, die immer so sehr sich ihrer loyalen Gesinnung rühmen, zeigen stets oppositionelle, ja revolutionäre Anwandlungen, wenn das Parlament Vorlagen zu Gunsten Irlands

28 Hünseler: Das Deutsche Kaiserreich und die Irische Frage, S. 44.

29 „Die Homerule-Bill“, in: Germania, Nr. 91, 23. April 1912, S. 1.

und der Katholiken annahm.³⁰ Noch deutlicher wird diese Schuldzuweisung seitens der Germania in einem Leitartikel vom 1. Oktober 1912: „Nun muß man von einer irischen Krisis sprechen. Die Unionisten Englands mit ihrer Hetzerei haben eine solche Lage geschaffen, daß daraus unbedingt Schlimmes sich ergeben muß. Besonders der alte Seebär Lord Charles Beresford, der im Norden Irlands die Orangemen um sich sammelt und sie auffordert, sich zur Abwehr der Homerule mit der Gewalt der Waffen zu organisieren, ist schuld daran. Er und Bonar Law haben die Ereignisse der letzten Wochen mit dem blutigen Überfällen der Orangemen auf dem Gewissen [...] Der Streit, ob Homerule oder nicht, ist zu einem reinen Religionsstreit geworden.“³¹

Aus dem letzten Satz wird der Grund für das nunmehr eindeutige Bekenntnis der Germania zu Home Rule und die Unterstützung für den irischen Nationalismus besonders ersichtlich. Es ging schließlich, ähnlich wie zu Zeiten O'Connells, um die katholische Sache, um Gerechtigkeit und Gleichstellung der Katholiken. Wieder einmal waren katholische Interessen betroffen, die diesmal anders als während der Emanzipation der 1820er Jahren zu scheitern drohten. Empört zeigte sich das katholische Blatt darüber, dass die „religiöse Karte“ von den Unionisten als Argument für deren Ablehnung der Selbstverwaltung gespielt wurde. Schon alleine aufgrund ihrer Geschichte hätten die Iren allen Grund, die Protestanten zu unterdrücken. Dennoch wären diese Ängste bzw. Beschuldigungen haltlos, schließlich enthielt das Gesetz Garantien für die Gleichstellung der beiden Religionen, außerdem könnten und würden die Iren, die „viel zu kluge Politiker“ seien, „niemals etwas gegen die protestantischen Mitbürger unternehmen“³².

Die unnachgiebige Abwehrhaltung des Anführers der Unionisten, Sir Edward Carson, steigerte sich je länger die Debatte andauerte. Er war nicht gewillt, sich tatenlos der verfassungsmäßigen Autorität Westminsters zu beugen, und versuchte mittels einer außerparlamentarischen Bewegung Druck auszuüben. Sein Widerstand gipfelte in der Drohung, Ulster eine eigene Verfassung zu geben und ein Parlament in Belfast ohne Zustimmung Londons einzuberufen.³³ Durch die Aufstellung einer paramilitärischen Ulster Volunteer Force drohte der Nordosten Irlands sogar in einen Bürgerkrieg abzugleiten. Ange-

30 „Die irische Provinz Ulster“, ebd., Nr. 198, 30. August 1912, S. 1. In ähnlichem Ton siehe auch „Eine Rechtfertigung der irischen Homerule-Vorlage“, ebd., Nr. 189, 20. August 1912, S. 1.

31 „Die rohe Gewalt einer Minderheit gegen die irischen Katholiken“, ebd., Nr. 225, 1. Oktober 1912, S. 1.

32 Ebd.

33 Dies verdeutlicht sein Aufruf „using all means which may be found necessary to defeat the present conspiracy to set up a Home Rule Parliament in Ireland.“, in Arthur Mitchell/Pádraig Ó Snodaigh (Hg.): *Irish Political Documents 1869–1916*. Dublin 1989, Dok. 69, S. 136: *Ulster's Solemn League and Covenant* vom September 1912.

sichts dieser massiven Bedrohung zögerte die britische Regierung, militärische Mittel einzusetzen, zumal sie sich der Unterstützung der in Irland stationierten Armee nicht völlig sicher sein konnte.³⁴

Je heftiger der Widerstand in Ulster wurde, desto mehr verschärfen sich die Schuldzuweisungen der Germania an die Unionisten. Als schließlich noch die protestantische Kirche mit in die Protestbewegung einbezogen wurde, war das Maß angesichts dieses „religiösen Fanatismus“ voll. Es sei völlig unduldbar, dass „vom Altare her gegen die Katholiken gepredigt, dem Volke vorgemacht [werde], der Papst wolle die Herrschaft über Irland wieder antreten“³⁵. Nicht genug damit, dass die Unionisten das Rad der Zeit hundert Jahre zurückdrehen und das Interesse der Mehrheit ignorieren würden, sondern ihnen ginge es einzig darum, den Katholizismus „in Knechtschaft“ zu halten. Ausführlich wurde in den folgenden Wochen über die Protestbewegung und den bewaffneten Widerstand berichtet. Die Argumentation richtete sich bis Ende 1912 einzig gegen die „fanatischen Protestanten“. Erst als die Unionisten mit ihren Drohgebärden England in eine schwere innenpolitische Krise stürzten, wurde auch die britische Regierung für ihre Zurückhaltung angegriffen. Mit Unverständnis reagierte die Germania auf die Tatenlosigkeit der britischen Regierung in Whitehall, da die Unionisten angesichts ihrer Drohung einer offenen Rebellion weder politische noch militärische Konsequenzen zu befürchten hatten: „So vollzieht sich die Vorbereitung der Revolution von Ulster am Lichte des Tages, ohne daß die englische Regierung es verhindern kann. Ein stark ausgeprägter Freiheitssinn verhindert, daß Maßnahmen ergriffen werden, bevor eine wirkliche Rebellion beginnt.“³⁶ Nachdem sie ihren Lesern in lebhaften Bildern die Zuspitzung der Lage in Nordirland vor Augen geführt hat – „Jeder zweite Mann in Londonderry, sagt der Spezialkorrespondent der Daily Mail in einem Telegramm, trägt einen Revolver“³⁷ – wird die englische Regierung angeprangert und ihr die Schuld für das mögliche Scheitern der Gesetzesvorlage gegeben: „Mit einem verächtlichen Achselzucken ist aber die Bewegung der Ulstermen nicht abgetan. Die teilnahmslose Haltung der Regierung wird den Ulstermen als Schwäche erscheinen und diese zu weiterem Widerstande anspornen.“³⁸

Schließlich wurde die Home Rule Bill im April 1914 endgültig angenommen. Die Unterhausdebatten wurden wieder in Form von Zusammenfassungen

34 Stewart: *The Ulster Crisis*, S. 145–160.

35 „Die rohe Gewalt einer Minderheit gegen die irischen Katholiken“, *Germania*, Nr. 225, 1. Oktober 1912, S. 1.

36 „Die Vorbereitung der Ulster-Revolution“, ebd., Nr. 333, 22. Juli 1913, S. 3.

37 „Die Rebellion einer Minderheit gegen Homerule“, ebd., Nr. 403, 30. August 1913, S. 2.

38 „England“, ebd., Nr. 449, 26. September 1913, S. 2.

britischer Zeitungsberichte vorgelegt.³⁹ Zwar zeigte sich die Germania erleichtert, denn es bestünde „begründete Aussicht [...], daß die in der Bill vorgeschlagene mäßige Befriedigung des irischen Selbstständigkeitsdranges einen dauernden Ausgleich des anglo-irischen Gegensatzes anzubahnen und damit eine beträchtliche Erstarkung Englands herbeizuführen geeignet ist“⁴⁰, allerdings war sie skeptisch, ob die durch Konzessionen an Ulster etwas ausgehöhlte Form der Selbstverwaltung den irischen Nationalisten noch genügend würde. Nach Auffassung des katholischen Blatts war deshalb noch keine endgültige Lösung erreicht worden. Damit sollte es Recht behalten, denn am 28. September 1914 wurde als Konzession an die Unionisten ein halbherziges Autonomiegesetz – der Ausschluss Ulsters wurde in Aussicht gestellt – im Unterhaus verabschiedet, aber sofort für die Dauer des Krieges ausgesetzt. Da zu diesem Zeitpunkt bereits der Erste Weltkrieg ausgebrochen war, war diese Nachricht der Germania nur eine Randnotiz wert.

In starkem Kontrast zur umfassenden und teilweise kritischen Kommentierung der Vorgänge um die irische Selbstverwaltung in den Jahren ab 1912 in der Presse steht die Rezeption im Reichstag und beim Zentrum. Natürlich galt noch immer die seit Bismarck praktizierte Nichteinmischung in innenpolitische Themen anderer Länder. Diese Tatsache wird gerade durch einen der wenigen Redebeiträge zur Irischen Frage durch den Zentrumsabgeordneten Dr. Spahn verdeutlicht. In Zusammenhang mit der Debatte über das Verhältnis zu Großbritannien, riss er die noch ausstehende Autonomie Irlands und die daraus erwachsenen Probleme für die Regierung in London an.⁴¹ Obwohl Spahns Beitrag lediglich eine Zusammenfassung bekannter Tatsachen ohne Wertung war, genügte dies dem SPD-Abgeordneten Bernstein für eine Rüge, sich nicht in innere Angelegenheiten anderer Länder einzumischen und schon gar nicht im Reichstag anderen Ländern ihr „Sündenregister“ vorzuhalten.⁴²

Spahns Redebeitrag zu England verdeutlicht allerdings das eher distanzierte Verhältnis des Zentrums zu England sehr gut. Wie Torsten Oppelland herausgearbeitet hat, wurde mit „dem Einsetzen der deutschen Weltpolitik und dem Anwachsen der Flottenrivalität zwischen Großbritannien und dem deutschen Reich [...] die Stimmung England gegenüber kritischer“⁴³. Seine weitere Aussage, das Zentrum habe „in der irisch-katholischen Frage eher der irischen

39 „Die Homeruledebatte im Unterhaus“, ebd., Nr. 124, 17. März, S. 2; „Ausland“, ebd., Nr. 129, 20. März, S. 1; „Sturmszenen bei der Homeruledebatte“, ebd., Nr. 130, 20. März 1914, S. 1.

40 „Homerule in zweiter Lesung angenommen“, ebd., Nr. 158, 7. April 1914, S. 1.

41 Verhandlungen des Reichstags, Bd. 295, 257. Sitzung am 14. Mai 1914, S. 8849D.

42 Ebd., 258. Sitzung vom 15. Mai 1914, S. 8886D. Vgl. dazu auch den Redebeitrag des Zentrumsabgeordneten Fürst zu Löwenstein-Wertheim-Rosenberg, ebd., S. 8890D.

43 Torsten Oppelland: Reichstag und Außenpolitik im Ersten Weltkrieg. Die deutschen Parteien und die Politik der USA 1914–1918. Düsseldorf 1995, S. 33.

Seite nahe[gestanden]“, ist sicherlich richtig, kann anhand der dünnen Quellenlage jedoch nicht eindeutig belegt werden. Dass diese Aussage hingegen für die katholische Presse eindeutig zutreffend ist, wurde am Beispiel der *Germania* gezeigt.

III. Die Wahrnehmung der Irischen Frage während des Ersten Weltkriegs

In der deutschen Weltkriegspropaganda wurde das „Schicksal der Grünen Insel“ ein wichtiger Bestandteil der Englanddiffamierung. Besonderes Kapital wurde auf Anordnung des Auswärtigen Amtes aus Roger Casements Aufenthalt in Berlin geschlagen. Dass die Thematisierung der Unterdrückung Irlands in den meisten Fällen für die anti-englische Propaganda diene, muss an dieser Stelle nicht eigens betont werden. Erstens konnte gerade an diesem Beispiel die „imperialistisch ausgerichtete Politik“ Londons aufgezeigt und gleichzeitig Whitehalls moralischer Anspruch, den Krieg für die „kleinen Nationen“ zu führen, ad absurdum geführt werden. Zweitens erscheinen die Iren als potentielle Verbündete im Weltkrieg,⁴⁴ drittens sollte mit Hinweis auf die noch unge löste Selbstverwaltung den englischen Anschuldigungen bezüglich der deutschen Behandlung Belgiens die Glaubwürdigkeit genommen werden. Um die plötzlich beschworene deutsch-irische „Freundschaft“ nicht als künstliches Konstrukt erscheinen zu lassen, war der Rückgriff auf die historisch-kulturellen Verbindungen im Zuge der iro-schottischen Mission im 6. Jahrhundert ein beliebtes Mittel. Oberflächlich wurde somit eine gewisse Kontinuität von Begegnungen und Kontakten zwischen beiden Völkern vorgetäuscht.⁴⁵ Daneben war der Auslöser für die Flut an Irlandbüchern, -broschüren und -artikeln Casements Aufenthalt in Berlin bzw. der persönliche Kontakt zu ihm. Er fun gierte gewissermaßen als Sinnbild der deutsch-irischen Allianz. Die direkte Bezugnahme auf seine Aufsätze bildete beim Großteil der Schriften und Artikel den zentralen Aufhänger. Deutlich wird diese Casement-Bezogenheit nach seiner Hinrichtung im August 1916. Er wurde geradezu zu einem Märtyrer stilisiert, so auch in der *Germania*: „Er ging hin, sein Leben zu opfern und die Geschichte der O’Connell, David und Parnell fortzusetzen.“⁴⁶

44 „Deutschland und Irland“, in: *Münchener Neueste Nachrichten*, Nr. 597, 21. November 1914, S. 1.

45 Beispielhaft „Irland im Weltkrieg“, in: *Germania*, Nr. 514, 6. November 1915, S. 2.

46 „Casement erschossen“, ebd., Nr. 356, 3. August 1916, S. 1. Einige Tage später folgte der pathetische Nekrolog seines engen Vertrauten Thomas St. John Gaffney, dem ehemaligen Generalkonsul in Deutschland („Sir Roger Casement. Ein Gedenkblatt“, ebd., Beilage zu Nr. 361, 6. August 1916).

Obwohl das katholische Blatt meist den allgemeinen Vorgaben der Propaganda folgte⁴⁷ und die Fixierung auf Casement unverkennbar ist,⁴⁸ sind dennoch einige Auffälligkeiten erwähnenswert. Der Leser wurde über die wichtigsten Ereignisse in Irland informiert, etwa den Rekrutierungsboykott für die britische Armee oder die Unterdrückung der nationalistischen Presse. Doch bestanden diese Meldungen im Gegensatz zu anderen Tageszeitungen rein aus Zusammenfassungen englischer und holländischer Nachrichtenmeldungen ohne jedwede Kommentierung. Naturgemäß spielte für die Germania die Haltung des irischen Episkopates zum Weltkrieg eine große Rolle. Stellungnahmen irischer Bischöfe finden sich an exponierter Stelle, ihre Reden wurden teilweise in toto wiedergegeben.⁴⁹ Überraschend ist jedoch, dass Bekenntnisse zu den nationalen Ambitionen der irischen Nationalisten wie in anderen Organen und noch während der Home Rule-Krise 1912 fast gänzlich fehlen. Schließlich konnte man, wie bereits gesehen, im Fall der Germania wenigstens ein spezifisches Interesse und gewisse Kenntnisse darüber voraussetzen. Eine Erklärung ist sicherlich die starke Pressezensur und zentrale Steuerung durch das Kriegspresseamt zum einen und der erschwerte Zugang zu Informationen zum anderen. Beides stellte die Presse vor große Probleme und beschnitt ihre Meinungsfreiheit erheblich.⁵⁰ Ebenso wird aber deutlich, dass die Germania über keinen wirklichen „Irlandexperten“ in ihren Reihen verfügte. So erschienen zwar während des Osteraufstandes 1916 täglich Meldungen über „britische Grausamkeiten“ und die Vorfälle in Dublin.⁵¹ Bei der Lektüre gewinnt man jedoch den Eindruck, dass die Redakteure von den Ereignissen überrascht wurden und ihnen etwas ratlos gegenüber standen.

47 Zur Irlandpropaganda Doris Dohmen: *Das deutsche Irlandbild. Imagologische Untersuchungen zur Darstellung Irlands und der Iren in der deutschsprachigen Literatur*. Amsterdam u. a. 1994, S. 115–128 und Kluge: *Irland in der deutschen Geschichtswissenschaft*, S. 226–256.

48 Siehe „Deutschland und Irland“, in: *Germania*, Nr. 534, 20. November, S. 2; „Ein Protest gegen die Beteiligung der Irländer am Kriege“, ebd., Nr. 557, 4. Dezember 1914, S. 1; „Irland im Weltkrieg“, ebd., Nr. 514, 6. November, S. 2; Beilage zu Nr. 516, 7. November 1915.

49 „Die irische Geistlichkeit und Homerule“, ebd., Nr. 299, 1. Juli, S. 2; „Ein katholischer Bischof über Irenflucht“, ebd., Nr. 546, 26. November 1915, S. 3.

50 Zur Presse unter den Kriegsbedingungen siehe Loh: *Irland in der Berichterstattung deutscher Tageszeitungen*, S. 63–71.

51 Folgende Artikel aus der *Germania*: „Schwere Unruhen in Irland“, Nr. 193, 26. April, S. 1; „Der Aufstand in Irland“, Nr. 195, 27. April, S. 1; „Das Ende des Dubliner Aufstandes“, Nr. 203, 2. Mai, S. 3; „Die blutigen Ereignisse in Dublin“, Nr. 204, 3. Mai, S. 1; „Der irische Aufstand“, Nr. 206, 4. Mai, S. 1; „Die irische Frage“, Nr. 217, 10. Mai, S. 1; „Die Opfer des irischen Aufstandes“, Nr. 219, 11. Mai 1916, S. 1. Berichte zudem unter „Irischer Aufstand“ in folgenden Ausgaben der *Germania*: Nr. 196, 28. April; Nr. 198, 29. April; Nr. 199, 29. April; Nr. 201, 1. Mai 1916.

Eine zentrale Figur der Irlandpropaganda war der Zentrumsabgeordnete Matthias Erzberger. Hierbei wird der Frage nachgegangen, ob aufrechtes Interesse bzw. Sympathie oder rein pragmatisches Kalkül den Ausschlag für sein Handeln gab. Bereits kurz nach Kriegsbeginn wurde ihm von der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes und des Reichsmarineamtes die Leitung der deutschen Auslandspropaganda für die neutralen Staaten angeboten.⁵² Die Aufgabe der hierfür zuständigen Zentralstelle bestand darin, das heillose Durcheinander halboffizieller Propagandastellen zu beseitigen und das Monopol der alliierten Presseagenturen mithilfe finanzieller Förderung und dem Versand von Druckschriften ins Ausland zu brechen. Zu diesem Zweck wurden des Öfteren die Dienste ausländischer Journalisten und Schriftsteller in Anspruch genommen. Casement veröffentlichte beispielsweise in der vom Auswärtigen Amt produzierten *Continental Times* mehrere Artikel.⁵³

Warum gerade Erzberger diese Aufgabe angeboten wurde, dürfte wohl an seinem guten Ruf als Finanzexperte in der Budgetkommission des Reichstages, seinem Arbeitseifer und seiner Fähigkeit, sich schnell in neue Themenbereiche einzuarbeiten, gelegen haben. Außenpolitische Erfahrung oder gar eine diplomatische Ausbildung konnte er bei seinem Amtsantritt jedenfalls nicht vorweisen. Bezüglich seiner außenpolitischen Einstellung kommt Theodor Eschenburg in seiner Biografie zu dem Urteil: „In Fragen der auswärtigen Politik war Erzberger ganz ein Mann der Wilhelminischen Ära. Seine Ansichten auf diesem Gebiet waren nicht klüger als die der meisten seiner Zeitgenossen. [...] Als selbstverständlich erschien ihm aber die Weltmachtstellung Deutschlands; sie zu bewahren war eine wichtige politische Aufgabe.“⁵⁴ Deshalb war er, ebenso wie das Zentrum, kein Anhänger einer Verständigung mit England, auch wenn seine Einstellung lediglich auf Desinteresse und Unkenntnis beruhte. Erzberger hatte sich nie eingehender mit England beschäftigt. Seine Vorurteile entsprachen der zeitgenössischen Einstellung gegenüber dem Königreich, die sich zumeist aus der Angst vor einer Bevormundung in der Rüstungspolitik speisten. Für ihn bestand die englische Politik schlicht aus Heuchelei und wegen seiner Unterstützung der deutschen Flottenrüstung, „hatte er auch Anteil an der Verantwortung für die katastrophale Verschlechterung der deutsch-englischen Beziehungen.“⁵⁵ Zu Beginn des Krieges trat er im Reichstag als kompromissloser Annexionist hervor, in seinem Kriegszielprogramm vom 2. September 1914 forderte Erzberger nichts weniger als die Hegemonie Deutschlands in Europa durch weitgehende Gebieteingliederung.

52 Klaus Epstein: Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie. Berlin u. a. 1962, S. 118–126.

53 Loh: Irland in der Berichterstattung deutscher Tageszeitungen, S. 494–497.

54 Theodor Eschenburg, Matthias Erzberger. Der große Mann des Parlamentarismus und der Finanzreform. München 1973. S. 34.

55 Epstein: Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, S. 94.

rungen.⁵⁶ Mit zunehmender Dauer des Krieges wurde sein Ton gegenüber England bis 1917 immer schärfer, seine Reden wurden chauvinistischer und unversöhnlicher.⁵⁷

Im Zusammenhang mit Erzbergers Propagandatätigkeit⁵⁸ und als Teil seiner Anstrengungen im Bezug auf die Auslandspropaganda ist die Gründung der Deutsch-Irischen Gesellschaft zu sehen. Erzberger hat aller Wahrscheinlichkeit nach erst durch seine Teilnahme an den Geheimkonferenzen des Auswärtigen Amtes erste tiefere Kenntnisse zur Irischen Frage gesammelt. Ob er über die militärischen Planungen zur Insurrektionspolitik Irlands informiert war, ist anhand der Quellenlage nicht zu klären. Mit Eifer nahm er sich des Themas Casement an, seine Zentralstelle druckte dessen Artikel in der *Continental Times* und zudem gab sie einige Irlandbroschüren in Auftrag. Dabei griff Erzberger u. a. auf die Dienste des irischen Schriftstellers Georges Chatterton-Hills zurück, der anfangs ein Vertrauter Casements war. Von dem Iren stammte die Idee für die Gründung einer Deutsch-Irischen Gesellschaft. In einer Denkschrift erläuterte er Erzberger im Dezember 1916 die Ziele einer solchen Gesellschaft, deren wesentlichen Aufgaben er darin sah, das „lebhafteste Interesse [an Irland] zu vertiefen und zu einem dauerhaften, wirksamen und fruchtbringenden“⁵⁹ auszubauen. Ebenso wollte er die Reichsregierung für seine Initiative gewinnen, um damit u. a. „den Iren in Amerika und in der Heimat den sichtbaren Beweis [zu] liefern, dass die Sache ihres Vaterlandes nicht in Deutschland vergessen worden ist“⁶⁰. Spätestens dieses Argument dürfte die Aufmerksamkeit Erzbergers geweckt haben, denn die Folgewirkungen auf die Neutralitätspolitik der USA im Falle der Aufnahme des uneingeschränkten U-Bootkrieges waren ihm bewusst.⁶¹ Erzberger, der den politischen Nutzen einer deutsch-irischen Vereinigung sofort erkannte, erhoffte sich damit ein wirksames Mittel für die wenig erfolgreichen deutschen Propagandaanstrengungen in den Vereinigten Staaten an die Hand zu bekommen. Wenngleich sein strenger Katholizismus in anderen Situationen oftmals die treibende Kraft seines Handelns war, so stand hier allein seine patriotische Amtsauffassung Pate. Während des gesamten Weltkrieges zeigte er weder Interesse noch Verständnis für

56 Vgl. ebd., S. 126–129; Winfried Loth: *Katholiken im Kaiserreich. Der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschlands*. Düsseldorf 1984, S. 282–285.

57 Für einige Beispiele seiner Englandfeindschaft siehe Epstein: *Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie*, S. 127f. und S. 462–465.

58 Siehe hierzu die neueste Erzberger-Biografie von Christopher Dowe: *Matthias Erzberger. Ein Leben für die Demokratie*. Stuttgart 2011, S. 82–84.

59 PAAA, R 5870: *Denkschrift Chatterton-Hills betreffs Gründung einer Deutsch-Irischen Vereinigung*, S. 1, Anhang zu dem Brief Chatterton-Hills an Erzberger vom 27. Dezember 1916.

60 Ebd. S. 2f.

61 Torsten Oppelland: *Matthias Erzberger und die Anfänge demokratischer Außenpolitik in Deutschland*, in: *HPM* 1995, S. 25–47. Hier besonders S. 32.

den irischen Freiheitskampf. Bereits einen Tag nach Erhalt leitete der Zentrumsabgeordnete die Denkschrift an das Auswärtige Amt weiter.⁶² Auf Drängen Chatterton-Hills wurden knapp drei Wochen später die Finanzierung der Gesellschaft aus dem Fonds der Zentralstelle und weitere organisatorische Rahmenbedingungen geklärt. Die offizielle Gründung der DIG erfolgte in der Nacht zum 3. Februar 1917 im privaten Kreis. Noch am gleichen Tag setzte Erzberger Reichskanzler Bethmann Hollweg davon in Kenntnis und betonte nachdrücklich den zu erwartenden Nutzen.⁶³

Dem nach § 7 der Satzung gebildeten Vorstand gehörten Erzberger, Kuno Graf von Westarp und Hartmann Freiherr von Richthofen an, um der Gesellschaft nach außen hin den Anschein einer partei- und gesellschaftsübergreifenden Interessengemeinschaft zu geben. Im Verwaltungsrat versammelten sich diejenigen, die während des Krieges bereits publizistisch für Irland tätig gewesen waren, in erster Linie Alldeutsche und Bekannte Casements. Verhältnismäßig überrepräsentiert waren die Gruppe der Reichstagsabgeordneten und der Stand der Professoren, die eine eminent wichtige Rolle für die politische Bewusstseinsbildung im Kaiserreich innehatten. Neben Vertretern der Geschäftswelt war auch die katholische Kirche durch den päpstlichen Hausprälaten Paul Maria Baumgartner vertreten.⁶⁴ Der Zweck der Gesellschaft bestand nach § 2 der angenommenen Satzung in der „Förderung der gesamten Beziehungen zwischen Deutschland und Irland. Der Verein will alle auf Ausführung dieses Zweckes gerichteten Unternehmungen fördern und selbst Anstalten treffen, wodurch das beiderseitige Verständnis der Völker gehoben und der Fortentwicklung der beiderseitigen Interessen gedient wird. Dagegen darf die Gesellschaft keinerlei auf Gewinn gerichtete Geschäfte betreiben.“⁶⁵

Erzberger war vor allem an der propagandistischen Tätigkeit gelegen, weshalb er die Herausgabe der monatlich erscheinenden Irischen Blätter finanziell unterstützte. Knapp ein halbes Jahr nach der Gründung löste Erzbergers „Bekehrung“ zum Anhänger eines Verhandlungsfriedens eine schwere Krise für die DIG aus. Erzberger, der Zugang zu militärischen Informationen hatte, nahm bezüglich der Wirkung des uneingeschränkten U-Bootkrieges eine zunehmend kritischere Haltung gegenüber dem grenzenlosen Optimismus des

62 PAAA, R 5870: Erzberger an Stumm vom 28. Dezember 1916.

63 Ebd.: Erzberger an Bethmann Hollweg vom 2. Februar 1917.

64 Nähere Angaben über die Zusammensetzung der gesamten Mitgliedschaft lassen sich nicht treffen, da keine Mitgliederliste überliefert ist. Die Mitgliederzahl betrug im Dezember 1917 300 (Hamburgischer Korrespondent, Nr. 618, 4. Dezember 1917), stieg bis Februar 1920 auf 348 an, hatte aber während des Krieges, im September 1918 schon um die 500 betragen („Was will die deutsch-irische Gesellschaft?“, in: Generalanzeiger, Nr. 226, 26. September 1918).

65 Satzungen der DIG, § 2. Ein Exemplar der Satzung im Hauptstaatsarchiv Stuttgart, NL Haußmann Q 1/2 8 (147).

Generalstabes ein. Durch Gespräche mit Militärs seiner Siegesillusionen beraubt, wich seine anfängliche euphorische, teilweise utopische Kriegsbegeisterung nun ernüchternder Realität. Da der Krieg seiner Ansicht nach militärisch nicht mehr zu gewinnen war, strebte er noch vor der amerikanischen Kriegserklärung am 6. April 1917 einen Verhandlungsfrieden an. In einer Reichstagsdebatte am 6. Juli legte er dem Parlament eine schonungslose militärische Analyse vor und sprach unverhohlen von der Notwendigkeit eines Verständigungsfriedens.⁶⁶

Da ein Verständigungsfrieden ohne Gebietsgewinne auf dem Status quo ante diametral gegen die Ziele der DIG stand – Irlands Unabhängigkeit konnte nur bei einem deutschen Sieg über England erlangt werden – sollte Erzberger zunächst aus dem Vorstand der DIG ausscheiden. Noch stärker wurde das Zerwürfnis zwischen Chatterton-Hill und Erzberger durch die Waffenstillstandsverhandlungen mit Russland in Brest-Litowsk, besonders aufgrund der dort verwendeten Formel des Selbstbestimmungsrechts der Nationen: „Die Frage der staatlichen Zugehörigkeit nationaler Gruppen, die keine staatliche Selbständigkeit besitzen, kann nach dem Standpunkt der Vierbundmächte nicht zwischenstaatlich geregelt werden. Sie ist im gegebenen Fall von jedem Staat mit seinen Völkern selbständig auf verfassungsmäßigen Wege zu lösen.“⁶⁷

Demnach hätte Irland auf die Verhandlungsbereitschaft Londons hoffen müssen, die allerdings nach der Niederschlagung des Osteraufstandes und dem Verhalten Londons während der Home Rule-Krise nicht gegeben war. Da Erzbergers Haltung nicht mehr mit der politischen Tätigkeit der Gesellschaft vereinbar war, wurde er durch Misstrauensvotum im Januar 1918 aus der DIG ausgeschlossen.⁶⁸

Hier braucht nicht näher auf die Tätigkeit der DIG eingegangen werden, dies ist an anderer Stelle bereits ausführlich geschehen.⁶⁹ Von Interesse sind vielmehr die Beitrittsgründe für die Zentrumsabgeordneten. Im Falle Erzbergers lagen diese rein in opportunistischen Überlegungen, für ihn war die DIG willkommenes taktisches Propagandainstrument. Ebenso sind für die anderen Mitglieder des Zentrums die englandfeindliche Einstellung als Motivation anzunehmen. In keinem der Nachlässe von Zentrumsabgeordneten,⁷⁰ die Mitglied

66 Oppelland: Reichstag und Außenpolitik im Ersten Weltkrieg, S. 105–115 und S. 253–259 sowie Epstein: Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, S. 174–177.

67 Zit. nach Kluge: Irland in der deutschen Geschichtswissenschaft, S. 298.

68 Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, NL Eduard Meyer, Nr. 303: Entschließung für die Generalversammlung am 22. Januar 1918, S. 1.

69 U. a. bei Kluge: Irland in der deutschen Geschichtswissenschaft, S. 287–307; Dohmen: Das deutsche Irlandbild, S. 125–128.

70 U. a. folgende Zentrumsabgeordnete waren Mitglied der DIG: Johannes Bell, Prof. Dr. Brandenburg, Adolf Gröber, Stiftsprobst Kaufmann, Alois Fürst zu Löwenstein, Karl Joseph Mausbach, Franz Joseph Pfleger, Maximilian Graf von Preysing-Lichtenegg, Al-

der DIG waren, lassen sich Dokumente finden, die ein weitergehendes Interesse an Irland belegen. Dabei wäre es naheliegend, dass wenigstens einige, ähnlich der Germania, den irischen Nationalismus schon aus religiösen Gründen moralisch unterstützten. Dies belegt allerdings deutlich, dass von allen Parteien im Kaiserreich lediglich eine kleine Gruppe von Liberalen um Conrad Haußmann überzeugte Anhänger einer Autonomieregelung für Irland waren.⁷¹ Für das Zentrum kann eine solche Aussage nicht getroffen werden, zu wenig beschäftigte es sich mit außenpolitischen Fragen und zu wenig Kenntnis hatte es von den irischen Verhältnissen. Für die DIG gaben Zentrumspolitiker aufgrund der anti-englischen Stoßrichtung lediglich ihren Namen her, ohne jemals aktiv für Irland in Beiträgen oder bei Veranstaltungen das Wort zu ergreifen. Tiefere Kenntnis zum irischen Nationalismus, abgesehen von Zeitungsmeldungen, ist neben Erzberger lediglich noch in einem Fall überliefert. Georg Graf von Hertling, der 1917 als erster Zentrumspolitiker zum Reichskanzler ernannt wurde, wusste durch den bayerischen Gesandten in Berlin, Hugo Graf von und zu Lerchenfeld, zumindest über die deutschen Pläne Bescheid, in den USA und Irland durch Nationalisten Stimmung gegen die Rekrutiermaßnahmen der britischen Armee zu machen.⁷²

IV. Die irischen Bemühungen um deutsche Unterstützung nach 1919

Durch die militärische Niederlage des Deutschen Reichs im Ersten Weltkrieg änderten sich die Rahmenbedingungen bzw. der Handlungsspielraum der deutschen Außenpolitik erheblich. Nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages lag zunächst der „Schatten von Versailles“ über der deutschen Außenpolitik. Eine Revision der als zu hart empfundenen Bestimmungen konnte nur über eine friedliche Zusammenarbeit und mit Einvernehmen der Siegermächte gelingen.⁷³ Nach dem Rückzug der USA aus Europa konnte die Rolle des Vermittlers nach Lage der Dinge nur Großbritannien zufallen. Vor allem in der Reparationsfrage zeigte London in den nächsten Jahren durchaus Bereitschaft als Ansprechpartner der deutschen Regierung zu fungieren, zumindest wurden

brecht Freiherr von Rechenberg, Sebastian Schlittenbauer, Karl Trimborn und Wilhelm Marx.

71 Vgl. Verhandlungen des Reichstags, XIII. Legislaturperiode, Bd. 289, I. Session, 141. Sitzung am 16. April 1913, S. 4801D und Bd. 295, I. Session, 257. Sitzung am 14. Mai 1914, S. 8849 D. Ausführlicher dazu Christopher Sterzenbach: Die deutsch-irischen Beziehungen während der Weimarer Republik, 1918–1933. Politik–Wirtschaft–Kultur. Münster u. a. 2009, S. 92f. und S. 194–196.

72 Ernst Deuerlein (Hg.): Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld 1912–1917. Dienstliche Privatkorrespondenz zwischen dem bayerischen Ministerpräsident Georg Graf von Hertling und dem bayerischen Gesandten in Berlin Hugo Graf von und zu Lerchenfeld. Erster Teil. Boppard 1973, Dok. 138, S. 362.

73 Peter Krüger: Die Aussenpolitik der Republik von Weimar. Darmstadt 1985, S. 89.

deutsche Einwände nicht kategorisch abgelehnt.⁷⁴ Auch Außenminister Walter Simons sah Großbritannien in der Vermittlerrolle, weshalb er von jeglicher Politik abriet, die in London Missstimmung hervorrufen könnte. Um nicht einen Umschwung der momentanen günstigen Lage herbeizuführen, gab er als Richtlinie aus, dass auch „eine Parteinahme für die irische Bewegung [...] unterlassen werden [muß]. Jeder Verdacht Englands, daß wir hier mit seinen Feinden gemeinsame Sache machen wollen, würde dazu führen, daß man uns den Franzosen zur Erledigung überließe.“⁷⁵

Berechtigte Hoffnungen auf die Unterstützung der Londoner Regierung bei den deutschen Revisionsbestrebungen gab es von Fall zu Fall. Dies hing mit der Rolle zusammen, die dem Deutschen Reich in der britischen Europa-Politik nach dem Ersten Weltkrieg zukam.⁷⁶ Grundsätzlich ist für die deutsche Außenpolitik in den Anfangsjahren der Weimarer Republik gerade in Bezug auf die Revisionsfrage eine Anlehnung an Großbritannien und die Entspannung der deutsch-britischen Beziehungen als eine Säule der deutschen Außenpolitik nach Versailles festzustellen.⁷⁷

Was die Haltung des Zentrums betraf, so blieb eine gewisse Skepsis gegenüber England weiterhin bestehen. Sofern das Zentrum an den Regierungen der Nachkriegszeit beteiligt war, folgte sie einer Westorientierung bzw. Annäherung an England. Konkrete Aussagen zum Verhältnis zu anderen Staaten fehlen gänzlich, etwa in dem Anfang 1919 verabschiedeten Parteiprogramm. Der relevante Abschnitt zur Außenpolitik beinhaltet lediglich eine Absage an die Machtpolitik des wilhelminischen Reichs, ein Bekenntnis zum Völkerbund und die Forderung nach der Unabhängigkeit des Heiligen Stuhls.⁷⁸ Die Idee des Selbstbestimmungsrechts der Völker war innerhalb der Partei durchaus anerkannt, wurde jedoch immer nur für die eigenen Forderungen verwendet, beispielsweise bei dem Anspruch des Rheinlands auf Selbstständigkeit nach Ende des Ersten Weltkriegs.⁷⁹ In der Reparationspolitik befürwortete das Zentrum

74 Dies war vor allem dem Einfluss des britischen Botschafters in Berlin zu verdanken, wie die Studie von Angela Kaiser: *Lord D'Aberton und die englische Deutschlandpolitik 1920–1926*. Frankfurt/Main u. a. 1989, S. 48–145, zeigt.

75 Akten der Deutschen Auswärtigen Politik, Serie A, Bd. 3, Dok. 277, S. 558–561, hier S. 560: Simons an Sthamer vom 10. September 1920, im Anhang „Richtlinien für die deutsche Politik gegenüber England“ vom 8. September 1920.

76 Vgl. Gottfried Niedhart: *Multipolares Gleichgewicht und weltwirtschaftliche Verflechtung: Deutschland in der britischen Appeasement-Politik 1919–1933*, in: Michael Stürmer (Hg.): *Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas*. Königstein 1980, S. 113–130, und Krüger: *Aussenpolitik*. S. 97–101.

77 Zu diesem Ergebnis kommt Krüger: *Aussenpolitik in seiner Darstellung*. Damit differenziert er die Feststellung von Ludwig Zimmermann: *Deutsche Aussenpolitik in der Ära der Weimarer Republik*. Göttingen u. a. 1958, S. 77.

78 Parteiprogramm des Zentrums, in: *Germania*, Nr. 3, 3. Januar 1919, S. 1. Vgl. Morsey: *Die Deutsche Zentrumspartei*, S. 129f.

79 Ebd., S. 120 und S. 248–250.

eine Annäherung an Frankreich, England hingegen fand keine Berücksichtigung.

Einer Unterstützung des irischen Unabhängigkeitsstrebens standen nach 1918 also einmal mehr politische Umstände im Wege. Aufgrund des außenpolitisch eingeschränkten Bewegungsraumes konnte die Reichsregierung keine Unterstützung leisten. Innerhalb des Zentrums scheint weiterhin ein gewisses Desinteresse vorhanden gewesen zu sein. Obwohl einige Abgeordnete die Zuspitzung der Lage in Irland – von 1919 an herrschte der anglo-irische Unabhängigkeitskrieg – verfolgten, unterblieben öffentliche Aussagen.

Völlig anders verhielt es sich bei der Germania. Nach nur drei Monaten in Berlin meldete John Chartres, der nicht akkreditierte irische Gesandte in Berlin, das von ihm herausgegebene Bulletin fände vor allem bei Zeitungen im katholischen Süden Deutschlands und der Nachrichtenagentur der Zentrumspartei rege Aufnahme.⁸⁰ Ähnlich wie in der Weltkriegspropaganda blieb Irland nach 1919 jedoch Vehikel einer moralischen Verurteilung der britischen Regierung. In der Germania fand der Kampf darüber hinaus verstärkt Beachtung, wenn die Interessen der irischen Katholiken direkt betroffen waren. Das Unrecht der Briten am (katholischen) Irland in der Vergangenheit wurde ausführlich dargestellt, während eine Stellungnahme zur zeitgenössischen politischen Lage und den Forderungen der irischen Separatisten unterblieb.⁸¹ Und dies, obwohl die Redaktion durch Kontakte zu Sinn Féin seit 1913 über genügend verwertbares Material verfügt haben müsste. Der Grund hierzu ist darin zu suchen, dass das Mitgefühl für die Iren ausschließlich aus der Jahrhunderte langen Unterdrückung ihrer Religion resultierte, sowohl bei weiten Teilen des Zentrums als auch dessen Schwesterorganisation, der Bayerischen Volkspartei.

Im Gegensatz zum Zentrum forderte die Germania jedoch ausdrücklich, das Selbstbestimmungsrecht der Nationen auf Irland anzuwenden. Bis auf wenige Ausnahmen war der dominierende Tenor in den ausführlichen Berichten der Wunsch nach Frieden, der besonders deutlich während der Berichterstattung zu den anglo-irischen Verhandlungen ab Juli 1921 in den Vordergrund trat.⁸² Ähnlich den liberalen Zeitungen war das katholische Blatt auf Seiten der Anhänger einer Dominionlösung. Der Kampf der Iren wurde als Bürgerkrieg gesehen und das Haupthindernis an einer Lösung in der hartnäckigen Verweige-

80 National Archives of Ireland (NAI), DFA ES 1 239: Bericht Powers vom 8. Mai 1922, S. 1, und Bericht Chartres vom 21. September 1922, S. 1. Ausführlicher zu den ersten inoffiziellen deutsch-irischen Kontakten nach dem Ende des Ersten Weltkrieges Sterzenbach: *Deutsch-irische Beziehungen*, S. 120–177.

81 Exemplarisch „Englands Irenpolitik“, in: Germania, Nr. 365, 28. Juni 1921, S. 1.

82 „Irland fordert volle Unabhängigkeit“, ebd., Nr. 499, 15. August, S. 2; „Lloyd Georges Vorschläge von Iren abgelehnt“, ebd., Nr. 514, 5. September, S. 1; „Die neuen englisch-irischen Verhandlungen“, ebd., Nr. 553, 8. September 1921, S. 1.

rung der Unionisten.⁸³ Als ein möglicher Lösungsweg wurde ein Vergleich Irlands mit Island herangezogen: „Lloyd George und die englischen Staatsmänner täten jetzt wirklich gut daran, sich an dem Verhalten Dänemarks gegen Island ein lehrreiches Muster zu nehmen“⁸⁴. Besonders als 1922 Ägypten Autonomie gewährt wurde, nicht aber Irland, sah die Germania darin die Doppel-moral der britischen Regierung, die nur zu großzügigen Gesten imstande war, sobald wirtschaftliche und politische Interessen des Empires direkt betroffen waren. Daher sei es nun Sache „aller Völker Europas, ja der ganzen gesitteten Welt“, Irlands Forderungen zu unterstützen: „Sollten Europas Völker eine Ausnahme machen gegenüber dem irischen Volke, das an Kulturfähigkeit, an sittlichem Werte, an Verdiensten um die abendländische christliche Kultur alle anderen bisher befreiten kleinen Völker überragt?“⁸⁵

Die relative Passivität des Zentrums und der Germania war für die irischen Repräsentanten enttäuschend, glaubten sie doch gerade bei der katholischen Presse auf starke pro-irische Sympathien bauen zu können. Niedergeschlagen mussten sie bald feststellen, dass die Partei Erzbergers für das irische Unterfangen zu wenig zugänglich war.⁸⁶ Überraschend ist dies einmal mehr, da mit Carl Trimborn, dem Vorsitzenden des Rheinischen Zentrums und bis zu seinem Tod auch der Gesamtpartei, und Albrecht Freiherr von Rechenberg noch zwei einflussreiche Zentrumspolitiker in den Reihen der DIG vertreten waren. Trimborn verfügte seit seinen Studientagen in Straßburg über enge Kontakte zu Karl Bachem, dem leitenden Redakteur der Kölner Volkszeitung, die während des Krieges unzählige Propagandaartikel Casements und Chatterton-Hills abgedruckt hatte. Doch Trimborn war, ebenso wie Erzberger, für die Annahme der Friedensresolution 1917 eingetreten, weshalb eine Einflussnahme auf Irlandartikel seitens der DIG-Mitglieder des Zentrums wahrscheinlich unterblieb. Zwar gehörte das Zentrum nach dem Ersten Weltkrieg zu denjenigen Parteien, die den Friedensvertrag „als Tat des Unrechts und der schnöden Vergewaltigung“ ablehnten. Im Gegensatz zur extremen Rechten wurde eine Revision aber durch politische Mittel und auf friedlichem Weg angestrebt. Außenpolitisch trat das Zentrum deshalb für eine Annäherung an Frankreich und eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den USA ein.⁸⁷ Ob deshalb eine Auseinandersetzung mit England unterblieb und daraus das relative Desinteresse am irischen Freiheitskampf resultierte, kann nicht mehr festgestellt werden, da

83 „Der Bürgerkrieg in Irland“, ebd., Nr. 272, 25. Juni 1920, S. 1.

84 „Irland und Island“, ebd., Nr. 369, 29. Juni 1921, S. 2. 1904 hatte Dänemark Island die Autonomie gewährt und im Dezember 1918 erlangte Island sogar die Souveränität. Allerdings blieb der dänische König bis 1944 isländisches Staatsoberhaupt.

85 „Irlands Sache – eine internationale Sache“, ebd., Nr. 393, 4. September 1920, S. 1.

86 Documents on Irish Foreign Policy, Vol. 1, Dok. 69, S. 124f.: Childers an Brennan vom 30. März 1921.

87 Morsey: Die Deutsche Zentrumsparlei, S. 193 und S. 349.

ein Großteil der Parteiakten als verschollen gilt. Wahrscheinlich ist die Tatsache von Belang, dass das Zentrum zu diesem Zeitpunkt immer an der Regierungsbildung beteiligt war. Es dürfte von daher ausgeschlossen sein, dass über Zeitungsartikel Kritik an dem politischen Kurs der Regierung geäußert wurde.

Entgegen dem Zentrum gab die Germania ihre relative Neutralität jedenfalls mit Beginn des verschärften anglo-irischen Unabhängigkeitskrieges Mitte 1920 (tan war) auf. Wesentlich früher als die liberalen Blätter und in weitaus heftigeren Ton wurde die britische Irlandpolitik mit dem Anschwellen der Gewalt kritisiert: „Es ist ein Zeichen des schlechten Gewissens, das die englische Regierung in der ganzen irischen Sache hat, daß sie die einfachen Forderungen der Gerechtigkeit nicht zu erfüllen bereit ist. [...] Fast kein größerer Ort im Süden, Osten oder Westen, der nicht mit englischen Verbrechen und Schandtaten einer schrankenlosen englischen Soldateska gekennzeichnet wäre, während der Ulster-Norden Irlands so gut wie verschont geblieben ist von dem furor britannicus.“

Verantwortlich dafür wurde Lloyd George gemacht. Schließlich ordnete er die Maßnahmen an. Eine scharfe Verurteilung des Premierministers folgt deshalb mit Bezug auf die religiöse Komponente: „Ein Mann, der ganz das moralische Gleichgewicht verloren, ein lebendiger Widerspruch in sich, ein Autoritätsgebieter bis zum vollendeten Despoten [...] Nur weil das konfessionelle Vorurteil gegen das katholische irische Volk in weiten Kreisen der Nonkonformisten, der englischen Puritaner, noch weiter wurzelt, kann Lloyd George eine so gewalttätige Politik gegen Irland fortsetzen, ohne zu fürchten, daß ihm eine beachtenswerte politische Macht in den Arm falle.“⁸⁸

Die Schuldzuweisung an den Premierminister als allein Verantwortlichen für die Gewalt taucht ebenso in liberalen Zeitungen auf, bei denen er mit Beginn des Repressalienfeldzuges jeglichen Rückhalt verlor.

Bei allen Tageszeitungen, egal welcher politischen Ausrichtung, läßt sich anhand der Irlandartikel eine gewisse Genugtuung feststellen, dass Großbritannien mit innenpolitischen Unruheherden zu kämpfen hatte. Die Nichtanwendung des Selbstbestimmungsrechtes auf Irland war deshalb ein beliebter Punkt, die einseitige Auslegung von Wilsons Friedensprogramm durch die Sieger zu belegen. Denn während Deutschland große territoriale Verluste durch den Friedensvertrag hinnehmen musste, wurden die nationalen Bestrebungen im Empire mit Gewalt unterdrückt. Die Häufigkeit der Irland betreffenden Artikel hing also nicht nur von der inneren Entwicklung auf der Insel, sondern mit der wechselnden Einstellung zu Großbritannien im Reich ab. Kritik an der Politik Whitehalls nahm jeweils dann zu, wenn parallel Lloyd Georges Konferenzdiplomatie, die zur Lösung der Reparationsfrage und anderer drängender

88 „Englands Furcht vor der irischen Wahrheit“, in: Germania, Nr. 480, 30. Oktober 1920, S. 1f.

europäischer Probleme unter Einbeziehung des Deutschen Reichs dienen sollte, keine Erfolge brachte.

Fazit

Die Rezeption der Irischen Frage im Zentrum und der Germania war sehr unterschiedlich. Im katholischen Blatt stießen die Forderungen irischer Nationalisten verstärkt ab 1912 auf Verständnis. Jedoch lag der Auslöser dafür einzig in der religiösen Komponente des Nordirlandkonfliktes. Insgesamt ergibt die Untersuchung zur Berichterstattung der Germania ein ambivalentes Bild. Die Unterdrückung der irischen Katholiken wurde rundweg verurteilt, sobald es innerhalb der irischen Frage auch eine katholische Dimension gab, verstärkten sich die kommentierenden Artikel. Ansonsten war sicherlich eine gewisse Sympathie für die Iren zu bemerken, doch das Hintergrundwissen und überhaupt das Verständnis für die politischen Ereignisse in Irland fehlten. Irland diente darüber hinaus oftmals lediglich als Argument für die Belange deutscher Katholiken (Kulturkampf) oder als Schlagwort für die Anfeindungen Englands (Weltkriegspropaganda, Verurteilung des Versailler Vertrages).

Für das Zentrum lässt sich feststellen, dass Irland größtenteils nur Objekt war und die Beschäftigung mit der Irischen Frage politischem Pragmatismus geschuldet war. Deutlich wird dies bei der Gründung der Deutsch-Irischen Gesellschaft. Sicherlich standen bis 1914 die beschränkten Rechte des Reichstages und nach 1918 der eingeschränkte außenpolitische Handlungsspielraum politischen Äußerungen im Wege. Da jedoch keine Beiträge oder Äußerungen von Zentrumsabgeordneten zu Irland außerhalb des Reichstags überliefert sind, liegt die Vermutung nahe, dass kein Interesse für eine eingehendere Auseinandersetzung vorhanden war. Sicherlich waren die Vorgänge innerhalb des Zentrum bekannt, doch fehlte ein tiefes Verständnis. Die Enttäuschung der irischen Gesandten um fehlende Unterstützung ist sicherlich verständlich, doch die fehlende Auseinandersetzung mit Irland ist größtenteils dem Desinteresse innerhalb des Zentrum geschuldet. Ob dies alleine an dem generellen Fehlen einer Beschäftigung mit Außenpolitik lag, ist nicht mit Sicherheit festzustellen, aber unwahrscheinlich. Kenntnisse waren vorhanden, Irland erschien für seine eigenen politischen Forderungen – außer im Ersten Weltkrieg – schlichtweg zu unbedeutend.